

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

2. Mai 2016

Afghanistan

Offensive der Armee

Nach Angaben des afghanischen Verteidigungsministeriums vom 30.04.16 hat die Armee eine großangelegte Offensive gegen die Taliban begonnen. In acht Provinzen gingen die Sicherheitskräfte gegen die Islamisten vor. Im Osten sollen innerhalb von 24 Stunden 80 regierungsfeindliche Kämpfer, unter ihnen neun Angehörige des IS, getötet worden sein. Die Offensive ist eine Reaktion auf die von den Taliban angekündigte Frühjahrsoffensive.

Irak

Opferzahlen

Im April 2016 wurden nach der Zählung von Iraq Body Count (IBC) 1.050 Zivilpersonen getötet.

Im April 2016 gab es nach Angaben der UN Assistance Mission for Iraq (UNAMI) 410 zivile Todesopfer und 973 Verletzte. Weiterhin wurden 331 Mitglieder der irakischen Armee, Peshmerga-Kämpfer und andere Verbündete (ohne Opferzahlen der Anbar-Operationen) getötet und 401 verletzt.

Die am stärksten betroffene Provinz war Bagdad mit 874 zivilen Opfern (232 Tote, 642 Verletzte). In der Provinz Ninive gab es 72 Tote und 30 Verletzte, in der Provinz Salahaddin 32 Tote und 24 Verletzte, in der Provinz Diyala 17 Tote und 15 Verletzte, in der Provinz Kirkuk 16 Tote und zehn Verletzte und in der Provinz Basra acht Tote und 16 Verletzte.

Nach Angaben des Health Directorate in Anbar gab es im April 252 zivile Opfer, davon 27 Tote und 225 Verletzte.

UNAMI weist darauf hin, dass es sich um Mindestangaben handelt, da in Konfliktgebieten die Opferzahlen nicht verifiziert werden können.

Anschläge

Bei einem Doppelanschlag in der Stadt Samawa (im Süden, Provinz Muthanna) wurden am 01.05.16 mindestens 30 Menschen getötet und 55 verletzt. In Samawa lebt eine überwiegend schiitische Bevölkerung. Zu den Anschlägen bekannte sich der IS.

Am 30.04.16 starben bei einem Autobombenanschlag östlich von Bagdad mindestens 19 Menschen, mindestens 48 Menschen wurden verletzt. Bei einer weiteren Explosion an einem Kontrollpunkt einer schiitischen Miliz in Bagdad kamen mindestens zwei Menschen ums Leben.

Politische Entwicklung

Am 30.04.16 besetzten in Bagdad Anhänger des schiitischen Predigers Muqtada al-Sadr das Parlament. Sie forderten die Einsetzung eines Kabinetts unabhängiger Technokraten und warfen der Regierung Korruption und Inkompetenz vor.

Iran

Wahlerfolg für Reformer

Bei der Stichwahl am 29.04.16 verfehlten die Reformer um Präsident Hassan Rohani trotz weiterer Stimmenzuwächse die absolute Mehrheit. Nach offiziellen Angaben vom 30.04.16 holten die Reformer bei der zweiten Runde der Parlamentswahl 38 der 68 zu vergebenden Parlamentssitze und kommen auf insgesamt 133 von 290 Sitzen. Die Konservativen stellen 125 Abgeordnete. Des Weiteren sind 17 Frauen im Parlament, acht mehr als bisher und so viele wie noch nie seit der Islamischen Revolution 1979. Die Zahl der Geistlichen im Parlament ging auf 16 zurück (zuvor 27). Das Parlament wird im Mai zusammentreten, nachdem der Wächterrat die Wahlergebnisse bestätigt hat.

Zur Stichwahl kam es, da nach der ersten Wahlrunde im Februar 68 der 290 Sitze unbesetzt blieben, weil in diesen Wahlkreisen kein Kandidat die erforderliche Mehrheit erhalten hatte.

Hohe Haftstrafen für Journalisten

Ein Revolutionsgericht in Teheran verurteilte vier iranische Journalisten zu Haftstrafen zwischen fünf und zehn Jahren. Die für reformorientierte Medien tätigen Reporter wurden im November 2015 wegen angeblicher Propaganda gegen das Regime und Kontakten zu ausländischen Regierungen verhaftet. Gegen die Urteile kann Berufung eingelegt werden. Es ist das erste Mal seit der Präsidentschaft Rohanis, dass Journalisten zu so hohen Haftstrafen verurteilt wurden.

Moralpolizei

Die Ankündigung, eine Moralpolizei aufzubauen, führte zu Differenzen zwischen Konservativen und regierungsnahen Kreisen. Wegen des großen Widerstands in der Bevölkerung und der ablehnenden Haltung des Innenministeriums soll die Polizei nicht die Befugnis bekommen, Frauenbekleidung zu kontrollieren.

Syrien

Weiter Kämpfe in Aleppo/Bemühungen um Erhalt der Waffenruhe

Obwohl grundsätzlich eine Waffenruhe gilt, kommt es vor allem in der Stadt Aleppo und der gleichnamigen Provinz weiterhin zu schweren Kämpfen. US-Außenminister Kerry bemüht sich bei Gesprächen in Genf, ein endgültiges Scheitern der Waffenruhe zu verhindern. Er forderte Russland wiederholt auf, seinen Einfluss auf die syrische Führung zu nutzen, um ein Ende der Luftangriffe auf Aleppo zu erwirken. Russland lehnte dies zunächst mit der Begründung ab, dass Terrorgruppen bekämpft werden müssten. In der Zwischenzeit soll es Bemühungen für eine Feuerpause geben.

Jemen

Regierung setzt Friedensgespräche aus

Am 01.05.16 setzte die jemenitische Regierung ihre Teilnahme an den Friedensverhandlungen aus. Sie begründete dies mit der Verletzung der Waffenruhe durch die Houthi-Rebellen und deren Übernahme eines wichtigen Militärstützpunktes. Am 21.04.16 hatten die Friedensgespräche begonnen, am 30.04.16 saßen sich Vertreter von Rebellen und der Regierung erstmals gegenüber.

Türkei

Anschläge

In der westtürkischen Stadt Bursa verübte nach Medienberichten am 27.04.16 eine Frau einen Selbstmordanschlag in der Nähe der Großen Moschee, einem beliebten Touristenziel. Dabei sollen acht Menschen verletzt worden sein. Die Extremistengruppe Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) bekannte sich am 01.05.16 zu dem Anschlag. Die US-Botschaft in Ankara hatte bereits am 26.04.16 ihre Warnung für die Türkei aktualisiert und mitgeteilt, dass es weiterhin glaubwürdige Hinweise auf geplante Terroranschläge gegen Touristen gebe.

Im Südosten wurden am 01.05.16 zwei Autobombenanschläge verübt. Ein Anschlag galt nach Medienberichten einer Polizeiwache in der Stadt Dicle (Provinz Diyarbakir). Dabei sollen mindestens zehn Menschen verletzt worden sein. Der andere Autobombenanschlag traf eine Polizeiwache in der Stadt Gaziantep. Zwei Beamte sollen getötet sowie 19 Polizisten und vier Zivilisten verletzt worden sein.

Demonstrationen zum 1. Mai

Am Tag der Arbeit galten in der gesamten Türkei verschärfte Sicherheitsvorkehrungen.

In Ankara und Adana wurden Kundgebungen wegen erhöhter Anschlaggefahr abgesagt. Die Behörden hatten bereits im Vorfeld Demonstrationen am 1. Mai auf dem zentralen Taksim-Platz in Istanbul verboten und das Areal weiträumig abgeriegelt. Gegen Demonstranten, die trotz des Verbots versuchten auf den Platz zu gelangen, ging die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas vor. In Istanbul sollen rund 24.500 Polizisten, 120 Wasserwerfer und mehrere Hubschrauber im Einsatz gewesen sein. Unter Berufung auf den Gouverneur von Istanbul berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu von 207 Festnahmen.

Auch in der Hauptstadt Ankara kam es zu Protesten, obwohl mehrere Kundgebungen aufgrund von Anschlagswarnungen abgesagt worden waren. Sicherheitskräfte nahmen vier mutmaßliche IS-Anhänger aus Syrien fest, die einen Anschlag auf eine Demonstration geplant haben sollen.

Verurteilung wegen Karikaturabdruck

Ein türkisches Gericht verurteilte am 28.04.16 zwei Journalisten der Zeitung Cumhuriyet wegen Gotteslästerung zu zweijährigen Haftstrafen, weil sie nach den Anschlägen auf die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo in Paris im Januar 2015 eine Karikatur dieses französischen Magazins verkleinert nachgedruckt hatten, die den Propheten Mohammed zeigte. Die Verurteilten kündigten Berufung gegen das Urteil an.

EGMR: Diskriminierung der Aleviten

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) erklärte in einem Urteil vom 26.04.16, die Türkei verletze die Religionsfreiheit der schätzungsweise 20 Millionen Aleviten, der zweitgrößten türkischen Religionsgemeinschaft. Sie seien ohne objektive und einsichtige Begründung deutlich schlechter gestellt als die Mehrheit der sunnitischen Muslime. Damit war eine Beschwerde von mehr als 200 Aleviten erfolgreich. Sie hatten kritisiert, dass ihre Gebets- und Versammlungsorte, die Cemevis, nicht den Moscheen der sunnitischen Glaubensmehrheit gleichgestellt werden. Über das dem Ministerpräsidenten direkt unterstellte Amt für Religionsangelegenheiten, DIB, bezahlt der Staat den Unterhalt von deren Gebäuden und alimentiert die Vorbeter. Die Aleviten müssen ihre Gebetshäuser und Vorbeter dagegen selbst finanzieren. Ein entsprechendes Gesuch, dies zu ändern, hatte die türkische Regierung 2005 zurückgewiesen.

Marokko/Westsahara

Erneute Forderung nach Referendum

Die für eine Unabhängigkeit der Westsahara eintretende Frente Polisario forderte am 27.04.16 den UN-Sicherheitsrat auf, in seiner Sitzung am 28.04.16 die Weichen für das geplante Referendum über die Selbstbestimmung der Westsahara zu stellen, die Marokko im Jahr 1979 annektiert hatte. Andernfalls drohe ein Krieg mit dem Nachbarstaat. Ein Referendum lehnt Marokko weiter ab. Es hatte im März 2016 seine Mitarbeiter aus der UN-Mission MINURSO (Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental) abgezogen und mit dem Rückzug seiner Blauhelmsoldaten aus UN-Friedenseinsätzen gedroht, nachdem UN-Chef Ban Ki Moon die Kontrolle Marokkos über die Westsahara als Besatzung bezeichnet hatte. Der UN-Sicherheitsrat dringt nun auf eine rasche Wiederaufnahme der Mission. Es gebe ein dringendes Bedürfnis, dass die UN-Truppe zu voller Funktionsfähigkeit zurückkehre, heißt es in einer Resolution.

DR Kongo

Kämpfe zwischen Armee und Mai-Mai-Miliz im Nordosten

Am 19.04.16 griffen laut Armeangaben Kämpfer der Miliz Mai-Mai Simba zunächst Armeepositionen im Gebiet Buiakatumai (nordöstliche Provinz Ituri, Territorium Mambasa) an. Anschließend zog die Miliz in die

Ortschaft Central-Biakato, aus der sie von der Armee vertrieben wurde. Bei den Kämpfen wurden mindestens zwölf Milizionäre und ein Soldat getötet.

Nigeria

Amnesty International beschuldigt Armee eines Massakers an Schiiten in Zaria

In einem am 22.04.16 veröffentlichten Bericht (Unearthing the truth: Unlawful killings and mass cover-up in Zaria) beschuldigt die Menschenrechtsorganisation Amnesty International die nigerianische Armee in der nordnigerianischen Stadt Zaria vom 12. bis 14.12.16 über 350 Angehörige der schiitischen Sekte Islamic Movement of Nigeria (IMN) widerrechtlich getötet zu haben. Ferner habe die Armee Beweise für die Tötung der Schiiten verschwinden lassen. Bei Nacht und Nebel seien Hunderte Leichen in Lastwagen abtransportiert und in Massengräbern verscharrt worden. AI veröffentlichte hierzu Satellitenaufnahmen möglicher Gräber. Bei dem Militäreinsatz wurden u.a. der Sektenführer Ibrahim Zakzaky und seine Ehefrau verhaftet und sein Haus und der Hauptschrein der Gruppe zerstört. Die Konfrontation zwischen Militär und Anhängern des IMN begann, als Hunderte Schiiten vor dem Hauptsitz des IMN die Sokoto Straße blockierten und sich weigerten, diese freizugeben, als der Autokonvoi des Armeestabchefs General Baratai passieren wollte.

Zahlreiche Tote bei Selbstmordanschlägen auf Flüchtlingslager

Am 20.04.16 sprengten sich in einem Lager für Binnenflüchtlinge in Banki (Bundesstaat Borno) an der Grenze zu Kamerun zwei Selbstmordattentäterinnen in die Luft. Hierbei wurden mindestens acht Menschen getötet und zwölf verwundet.

Bei einem weiteren Sprengstoffanschlag zweier Selbstmordattentäterinnen auf ein Lager für Binnenflüchtlinge bei Dikwa (ebenfalls Borno) starben am 12.04.16 über 60 Menschen.

Geiseln der Boko Haram befreit

Laut Armeeangaben vom 16.04.16 wurden zwölf Lager der Boko Haram in der Nähe der Dörfer Wulge und Walamari (Nordosten) zerstört. Das Militär habe 455 Geiseln befreit und fast 40 Kämpfer der Gruppe getötet.

Ägypten

Hunderte Festnahmen bei Demonstrationen

Nach Angaben von Amnesty International wurden bei Protesten gegen die Regierung am 25.04.16 landesweit mindestens 238 Personen festgenommen; allein in Kairo mehr als 100 Personen. Unter den Festgenommenen sollen sich auch Ausländer, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten befinden. Auslöser der Proteste war der Plan der Regierung, zwei von Ägypten verwaltete Inseln im Roten Meer an Saudi-Arabien zu übergeben.

Homosexuelle zu Haftstrafen verurteilt

Ein Gericht in Mittelägypten verurteilte elf Personen wegen „Ausschweifung und Anstiftung zur Ausschweifung“ zu Haftstrafen von drei bis zwölf Jahren. Homosexualität ist in Ägypten nicht strafbar, allerdings werden immer wieder Strafbestimmungen wie die gegen „Ausschweifung“, „Gefährdung der Öffentlichkeit“ oder „Verletzung der Lehren der Religion“ zur Verfolgung Homosexueller herangezogen.

Somalia

Sicherheitslage

Ein somalischer IS-Ableger bekannte sich zu einem Anschlag am 24.04.16 mit einer Sprengfalle auf ein Fahrzeug der AMISOM in Mogadischu. Personen sollen nicht zu Schaden gekommen sein. Es handelt sich um den ersten Anschlag des IS in Somalia. Der somalische Geheimdienst NISA (Somali National Security and Intelligence Agency) nahm am 24.04.16 in Mogadischu einen Kommandeur des somalischen IS-Ablegers fest. Er wird verdächtigt, Anschläge gegen AMISOM und Soldaten der somalischen Armee geplant zu haben. Ob er bei dem Anschlag eine Rolle spielte, ist unklar. Im Verlauf einer Operation der Armee und

der AMISOM in einem Dorf nahe Burhakaba (Region Bay) begingen sechs al-Shabaab-Kämpfer Selbstmord, indem sie sich in die Luft sprengten. Drei Islamisten wurden festgenommen. Die Somalische Armee und AMISOM griffen am 24.04.16 nahe Kismayo (Region Lower Shabelle) einen Checkpoint der al-Shabaab an. Die Islamisten sind derzeit in einigen kleineren Ortschaften in der Umgebung von Kismayo präsent und kontrollieren zahlreiche Straßen in der Gegend.

Am 26.04.16 griffen Kämpfer der al-Shabaab einen Stützpunkt der somalischen Armee in einer Ortschaft nahe Baidoa (Region Bay) an. Dabei sollen sie mehr als zehn Soldaten getötet haben. Der Kommandeur der Armee für die Region Bay gab an, dass 20 Islamisten getötet worden seien und die al-Shabaab sich nach dem Angriff zurückgezogen habe. Al-Shabaab soll einen größeren Angriff auf die Ortschaft Wajid (Region Bakool) unternommen haben, den die Armee zurückschlagen konnte. Dabei sollen zwölf Islamisten getötet worden sein.

Am 27.04.16 übernahm die al-Shabaab kurzzeitig die Kontrolle über die Stadt Janale (Region Lower Shabelle). AMISOM und die somalische Armee hatten sich zuvor aus unbekanntem Gründen aus der Stadt zurückgezogen. Die Islamisten verließen ihrerseits Janale kurz darauf wieder.

Im Distrikt Hodan von Mogadischu griffen vermutlich al-Shabaab-Kämpfer am 27.04.16 das Haus eines Parlamentsmitglieds mit Granaten an. Mehrere Sicherheitskräfte wurden verletzt. Drei ausländische al-Shabaab-Kämpfer (zwei Briten und ein Niederländer) ergaben sich nahe Janale (Region Lower Shabelle) am 27.04.16 der AMISOM und der somalischen Armee. Sie sollen einer den IS unterstützenden Fraktion der al-Shabaab angehört haben und vor Übergriffen der al-Shabaab gegen IS-Mitglieder geflohen sein.

Im Rahmen einer Sicherheitsoperation im Distrikt Daynile von Mogadischu nahmen Geheimdienst und AMISOM 15 mutmaßliche al-Shabaab-Mitglieder fest.

Am 28.04.16 griffen al-Shabaab-Kämpfer eine Kaserne der Armee im Distrikt Huriwa von Mogadischu an. Der Angriff wurde zurückgeschlagen.

Al-Shabaab-Kämpfer griffen am 28.04.16 einen Konvoi äthiopischer AMISOM-Truppen nahe der Ortschaft Nur Fahah (Region Hiran) an. Dabei wurden zwei Zivilisten verletzt.

Am 01.05.16 sollen al-Shabaab-Kämpfer die Ortschaft Runirgod (Region Middle Shabelle) zurückerobert haben. Regierungseinheiten, die die Stadt einen Tag zuvor übernommen hatten, mussten sich zurückziehen. Nach Angaben der Islamisten sollen 32 Soldaten getötet worden sein.

Äquatorialguinea

Präsident im Amt bestätigt

Mit rund 94 % der Wählerstimmen gewann Staatspräsident Teodoro Obiang Nguema Mbasogo erwartungsgemäß die Präsidentenwahlen vom 24.04.16. Der 73-jährige Autokrat, das am längsten amtierende Staatsoberhaupt Afrikas (seit 1979), ist nun weitere sieben Jahre im Amt. Die wichtigsten Oppositionsparteien hatten die Wahl boykottiert. Wahlbeobachtern zufolge verlief die Wahl friedlich. Die Afrikanische Union hatte eine Beobachtermission unter der Leitung des früheren Präsidenten Benins, Boni Yayi, entsandt. Oppositionsvertreter berichteten von Manipulationen. Das Land ist einer der größten subsaharischen Erdölförderer und, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, eines der reichsten Länder Afrikas. Trotzdem lebt ein Großteil der etwa 800.000 Einwohner in Armut.

Burundi

Attentate

Unbekannte erschossen am 25.04.16 in Bujumbura den Sicherheitsberater von Vizepräsident Gaston Sindimwo, General Athanase Kararuzza; auch der Leibwächter sowie die Frau und Tochter des Generals wurden getötet. Erst am 20.04.16 waren ein hochrangiger Militär, Oberst Emmanuel Buzubona, sowie eine weitere Person ebenfalls in der Hauptstadt von Unbekannten getötet worden. Nach UN-Angaben vom 27.04.16 starben bei Gewaltakten im April insgesamt 31 Menschen. Fünf weitere Personen starben, als am 28.04.16 vier Bewaffnete auf Gäste einer Bar in Bujumbura schossen.

Vorermittlungsverfahren beim IStGH

Die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag (IStGH), Fatou Bensouda, teilte am 25.04.16 mit, dass angesichts der Berichte über Gewalt in Burundi die Einleitung eines Hauptverfahrens geprüft wird.

Zentralafrikanische Republik

MINUSCA-Mandat verlängert

Der UN-Sicherheitsrat verlängerte am 26.04.16 das Mandat der UN-Friedensmission MINUSCA (Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation en République centrafricaine) bis zum 31.07.16. Ursprünglich sollte das Mandat am 30.04.16 enden.

Côte d'Ivoire

UN-Friedensmission endet 2017

Der UN-Sicherheitsrat hat am 28.04.16 das Ende der Friedensmission (fast 7.000 Soldaten, Polizisten, Beobachtern und anderen Mitarbeitern) mit Ablauf des Juni 2017 beschlossen. Zugleich sollen die Ende 2004 verhängten Sanktionen aufgehoben werden – darunter ein Waffenembargo, Reisebeschränkungen und eingefrorenes Vermögen. Ein UN-Vertreter erklärte, das Land habe eindrucksvolle Fortschritte auf dem Weg zu Frieden, Versöhnung und Sicherheit gemacht.

Seit einer Meuterei von Teilen der Streitkräfte im September 2002 kam es über Jahre hinweg immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen innerhalb der Bevölkerung. Das Land befand sich mehrfach am Rand eines Bürgerkrieges. Zur Sicherung des Waffenstillstandes vom Mai 2003 beschloss der UN-Sicherheitsrat im Februar 2004 die Friedensmission ONUCI (Opération des Nations Unies en Côte d'Ivoire).

Moldau

Proteste gegen die Regierung

Am 24.04.16 kam es in der Hauptstadt Chişinău erneut zu Massenprotesten und gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Regierung. Die rund 7.000 Demonstranten warfen der Elite des Landes massive Korruption vor und forderten Neuwahlen. Bei Zusammenstößen zwischen Regierungsgegnern und der Polizei sind mehrere Menschen verletzt worden.

Hintergrund

Seit Monaten befindet sich das Land in einer politischen Krise und wird von Protesten erschüttert. Nach einem Korruptionsskandal im April 2015 (sog. Jahrhundertdiebstahl) war die proeuropäische Regierung im Oktober 2015 durch ein Misstrauensvotum gestürzt und der frühere Regierungschef Vlad Filat festgenommen worden. Seit der Parlamentswahl von 2014 regiert bereits die dritte (prowestliche) Koalition. Die prorussische Opposition und die Bürgerorganisation Platforma DA (Würde und Gerechtigkeit) organisieren seit Monaten Proteste. Beide Lager haben Protestcamps vor dem Parlamentsgebäude aufgebaut. Allgemein sind oligarchische Machtstrukturen, Korruption und Rechtsunsicherheit in der Republik Moldau weit verbreitet. Die politische Landschaft ist gespalten in ein prorussisches und ein prowestliches Lager. Das Land unterzeichnete im Jahr 2014 – unter Protest Russlands – ein Assoziierungsabkommen mit der EU.

Kosovo

Großrazzia gegen organisiertes Verbrechen

Die EU-Rechtsstaatsmission EULEX ging am 27.04.16 mit rund 350 Kräften und Unterstützung der kosovarischen Polizei in einer großen Razzia gegen eine albanisch-serbische Gruppierung der Organisierten Kriminalität vor. Es geht u.a. um Geldwäsche, Immobilienbetrug und Bestechung. Dabei wurden Dutzende von Bars und Restaurants kontrolliert, die mutmaßlich von kriminellen Banden betrieben werden. Sechs Personen kamen in Haft. Ein mit Haftbefehl gesuchter Abgeordneter der Regierungspartei PDK (ein Onkel des Präsidenten Hashim Thaci) konnte nicht gefasst werden.

Kosovo ist eines der korruptesten Länder Europas. Vetternwirtschaft und die enge Verbindung zwischen Politikern und organisierter Kriminalität sind weit verbreitet. Die EU forderte einen entschlosseneren Kampf gegen Korruption und kriminelle Netzwerke. Zwar existieren weitreichende politische Handlungsinstrumente wie ein Aktionsplan, ein Anti-Korruptionsgesetz sowie eine Anti-Korruptionsbehörde. Die Um- und Durchsetzung war bislang allerdings lückenhaft.

EULEX-Mandat soll verlängert werden

Die seit 2008 in Kosovo tätige EU-Rechtsstaatsmission EULEX soll ihre Arbeit auch nach dem Ablauf des aktuellen Mandats am 14.06.16 mit der Hälfte des Personals von derzeit etwa 1.400 internationalen und lokalen Mitarbeitern fortsetzen. Seit zwei Jahren werden die kosovarischen Justiz- und Polizeibehörden zwar nicht mehr von internationalen Vertretern geleitet, doch unterstützen sie noch immer die lokalen Verantwortlichen. Nach dem Kosovo-Krieg 1998/99 stand die ehemalige serbische Provinz unter UN-Verwaltung (UNMIK), ehe 2008 die Unabhängigkeit ausgerufen wurde.

Ukraine/Russland

Verbot des höchsten Selbstverwaltungsorgans der Krimtataren

Am 26.04.16 verbot das Oberste Gericht der von Russland im März 2014 annektierten ukrainischen Halbinsel Krim das höchste Selbstverwaltungsorgan der Krimtataren, den Medschlis, da dieser eine extremistische Organisation sei. Bereits am 18.04.16 war er vom russischen Justizministerium auf Antrag der Generalstaatsanwältin der Krim auf die Liste der Organisationen gesetzt worden, deren Aktivitäten wegen Extremismus untersagt sind. Der Vorsitzende des Medschlis, Refat Chubarov, lebt als Parlamentsabgeordneter in Kiew.

Ukraine

Wolodymyr Hrojsman neuer Ministerpräsident

Am 14.04.16 wählte das ukrainische Parlament den bisherigen Parlamentspräsidenten Wolodymyr Hrojsman (Wladimir Groisman) mit 257 der abgegebenen Stimmen (notwendig: 226 Stimmen) zum neuen Ministerpräsidenten. Ferner nahm es das Rücktrittsgesuch von Amtsvorgänger Arsenij Jazenjuk an und bestätigte Hrojsmans Kabinett mit 22 Ministern und Vizeregierungschefs. Die Regierungskoalition besteht aus dem Petro-Poroschenko-Block, dem der neue Ministerpräsident angehört, und der Narodnyj Front (Volksfront) von Arsenij Jazenjuk. Sie verfügt im Parlament formal über 227 Stimmen.

China

Gesetz zur Kontrolle ausländischer NGOs verabschiedet

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses verabschiedete am 28.04.16 ein Gesetz, das die Aktivitäten ausländischer Nichtregierungsorganisationen innerhalb Chinas unter polizeiliche Kontrolle stellt. NGOs müssen Einblick in ihre Finanzen, Aktivitäten und Zusammenarbeit mit chinesischen Partnern geben. Die Tätigkeit von NGOs wird künftig von der Polizei genehmigt. Diese kann solche Aktivitäten jederzeit unterbinden, u.a. wenn sie Interessen der Nation oder der Gesellschaft bedroht sieht, etwa wegen eines Engagements für Menschenrechtsfragen. Auch dürfte das Gesetz darauf abzielen, die chinesische

Zivilgesellschaft noch strenger als bisher zu kontrollieren, deren Organisationen häufig von ausländischer Unterstützung profitieren. Das Gesetz, das am 01.01.17 in Kraft treten soll, wurde international kritisiert. In China sind etwa 7.000 ausländische NGOs tätig, darunter rund 200 deutsche.

Bangladesch

Extremisten verüben Morde

Nach Angaben der Botschafterin der USA in Bangladesch verübten islamistische Extremisten in den vergangenen 14 Monaten mindestens 35 Mordanschläge. Betroffen sind Kritiker eines extremistischen Islams und liberale Aktivisten. Allein im April 2016 fanden ein Universitätsprofessor, ein atheistischer Blogger und zwei Schwulenaktivisten den Tod.